

Mittelstandspolitik ist für Jana Schimke kein Buch mit sieben Siegeln. Die CDU-Politikerin und studierte Politikwissenschaftlerin war bis zu ihrem Einzug in den Deutschen Bundestag im Jahr 2013 zuvor fünf Jahre in der Abteilung Arbeitsmarktpolitik der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) tätig. Als Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Tourismus und als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales kennt Jana Schimke die Sorgen und Nöte der kleinen und mittleren Betriebe – besonders im Bereich der Gastronomie. Als Mitglied im Vorstand des

Parlamentarischen Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und als stellvertretende Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) genießt die gebürtige Cottbuserin ob ihres ökonomischen Sachverständnisses nicht nur einen herausragenden Ruf innerhalb ihrer Partei, sondern auch in der heimischen Wirtschaftsregion des Landkreises Dahme-Spreewald. Aber auch Themen wie „Innere Sicherheit“, „Schutz des Rechtsstaates“ und „Schutz der EU-Außengrenzen“ kommen bei Jana Schimke nicht zu kurz, wie sie in einem Gespräch mit Janina Schäfer deutlich machte.

? Der ermäßigte Umsatzsteuersatz von sieben Prozent für im Lokal verzehrte Speisen läuft nach dem Willen der Ampel-Regierung zum 31.12.2023 aus. Sie sind Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Tourismus. Teilen Sie die Befürchtungen der Fachverbände, dass diese Maßnahme zu einem weiteren Gaststättensterben führen wird?

Jana Schimke: Zunächst warten wir noch auf die neusten Ergebnisse der Steuerschätzung für das Jahr 2024. Die Ampel-Regierung hat angekündigt, anhand dieser Ergebnisse dann eine Entscheidung zu treffen. Für uns als Union steht fest: Eine Entfristung der 7-Prozent-Regelung ist für unsere Gastronomie existenzsichernd, die immer noch unter den Folgen der Corona-Zeit leidet.

? Wird die Umsatzsteuererhöhung nach Ihrer Ansicht auch Auswirkungen auf die Tourismus-Branche haben? Wenn ja, welche?

Jana Schimke: Sollte die Umsatzsteuer wieder auf das alte Niveau angehoben werden, rechnen wir mit einem weiteren Sterben der Gastronomie. Wir haben mit der Corona-Zeit bereits 36.000 Betriebe am Markt verloren. Diese Branche ist überproportional vom Fachkräftemangel betroffen, der ebenfalls existenzbedrohend, wenn nicht sogar existenzvernichtend, ist. Zudem schreibt diese Branche seit drei Jahren Verluste. Das Ganze gepaart mit Inflation und Büro-

kratie macht das Wirtschaften extrem schwierig. Die Frage, ob man bei sieben Prozent bleibt oder zu den 19 Prozent zurückkehrt, ist eine Frage, die über den Fortbestand vieler Betriebe entscheiden wird.

? Sehen Sie noch die Möglichkeit, als Oppositionspartei die Ampel-Regierung in dieser Frage umzustimmen?

Jana Schimke: Wenn die Entscheidung der Ampelregierung nur davon abhängt, ob wir sie umstimmen können, dann wäre Politik wahrscheinlich viel einfacher. Bei diesem Thema geht es auch darum, dass der Protest und die Kritik an einer möglichen Erhöhung vor allem aus der Mitte der Gesellschaft und den Gastronomiebetrieben kommt. Das geschieht nach meiner Wahrnehmung auch sehr deutlich. Nach meiner Erfahrung war das bisher immer sehr erfolgreich, wenn es darum ging, Regierungshandeln zu beeinflussen. Die Opposition kann Debatten anstoßen, sie wird auch im Plenum dagegen stimmen, wenn es zu einer Erhöhung kommt. Aber es wäre naiv zu glauben, dass ein Kurswechsel allein durch den Druck der Opposition bestimmt wird.

? Sie sind auch ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Wäre es nicht an der Zeit, nachdem die Ampel das Bürgergeld erhöht hat, für Arbeitslose, die eigentlich arbeiten könnten, eine Jobpflicht einzuführen?



„Sollte die Umsatzsteuer wieder auf das alte Niveau angehoben werden, rechnen wir mit einem weiteren Sterben der Gastronomie.“